

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

81. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 10. Dezember 2003

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: **Haltung der Bundesregierung zu einem geplanten Verkauf der Hanauer Plutoniumanlage an die Volksrepublik China**

7100 ;

Petra Pau fraktionslos

7114 D

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts dieser fraktionsübergreifenden Werbung für Hanau und für Siemens ist die Versuchung groß, an Zitate aus früheren Tagen zu erinnern. Joseph Fischer sagte vor der Wahl 1998 in Gorleben:

Wir werden das atomare Abenteuer beenden!

Oder:

Fischer hat sich um die Sicherheit der Bürger verdient gemacht.

Das sagte Hans Eichel 1992 nach der Stilllegung von Hanau.

Nun geht es darum, das atomare Abenteuer zu exportieren und an der Unsicherheit zu verdienen. Die umstrittene und stillgelegte Plutoniumanlage von Hanau soll nach China verkauft werden. Der Bundeskanzler sagt: „Das ist nicht mehr aufzuhalten.“ Seither flackern bei Rot-Grün viele Störlampen und die Krisenstäbe brennen heiß.

Am spannendsten fand ich aber die Warnung von Angelika Beer: So einfach gehe das mit dem Chinageschäft nicht; auch die NATO und die USA hätten noch ein Wörtchen mitzureden. – Das ist fürwahr ein Novum: Die Grünen drohen der SPD mit der NATO. Das hatten wir wirklich noch nicht.

Die Atomanlage in Hanau wurde damals stillgelegt, weil das Betriebsrisiko und das Risiko für die Bevölkerung politisch nicht zu verantworten sind. Das liegt nicht am Standort Hanau, sondern an der Technologie. Das Risiko in China wäre also keinen Deut geringer als in Deutschland. Wer nun mit solchen Risiken handelt, der kann eigentlich kein Freund Chinas sein, sondern steht bestenfalls im Dienst von Siemens.

Die rechtlichen Argumente – wir haben sie auch heute hier wieder gehört – sind ebenfalls windig. Die einen sagen, was nicht verboten sei, das sei erlaubt. – Das mag sein; aber was nicht verboten – also erlaubt – ist, muss deshalb noch lange nicht vernünftig sein und muss auch nicht in Politik umgesetzt werden.

Andere wiederum verweisen auf den Atomwaffensperrvertrag: Selbst dieser stehe dem Verkauf der Hanauer Atomfabrik nicht im Wege, vorausgesetzt die Volksrepublik China verzichte offiziell auf eine militärische Nutzung. – Genau da liegt aber die Krux: Eine entsprechende Erklärung kann unterschrieben, aber auch widerrufen werden; der Export einer Atomanlage kann allerdings nicht widerrufen werden.

Richtig ist: Der Atomwaffensperrvertrag ist höchst unvollkommen, auch weil er den Handel mit Nukleartechnologien und -produkten nicht generell ausschließt. Dieser Vertrag verpflichtet aber auch niemanden zu diesem Handel. Deshalb ist die Verkürzung auf eine schlechte Rechtslage schlecht. Es geht um ein Politikum. Daher sagt die PDS im Bundestag Nein zu diesem Deal.

(Zuruf von der SPD: Kein Beifall? – Gegenruf von der SPD: Die Rede war trotzdem gut, auch wenn niemand geklatscht hat!)